

Antrag 55/II/2022**KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme Ersetzungsantrag 52.1/II/2022 (Konsens)****Kürzungen der Investitionsplanung rückgängig machen - Schulbauoffensive retten**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat von Ber-
2 lin und Abgeordneten im Berliner Abgeordnetenhaus
3 werden aufgefordert, die im September 2022 erfolgte
4 Kürzung der Investitionsplanung Berlins im Bereich des
5 Schulbaus der Bezirke rückgängig zu machen. Insbeson-
6 dere sollen alle geplanten und notwendigen Schulsanie-
7 rungen, -neubauten und -erweiterungen zu den bisher
8 geplanten Zeitpunkten in die Investitionsplanung aufge-
9 nommen werden.

10

11 Um das Finanzierungsbudget für Baumaßnahmen in den
12 nächsten Jahren zu erhöhen, sollen Haushaltsüberschüs-
13 se z.B. aus der vorläufigen Haushaltsführung in 2022 in ein
14 Sondervermögen eingebracht werden.

15

16 Begründung

17 Berlins Schulen leiden unter einem dramatischen Sanie-
18 rungsstau und großem Platzmangel. Es ist der SPD in Ber-
19 lin zu verdanken, dass mit der Schulbauoffensive in den
20 letzten Jahren eine große Dynamik bei Sanierung, Neu-
21 bau und Erweiterung der Schulen entstanden ist. Auf al-
22 len Ebenen ist Hoffnung entstanden, dass Berlins Schulen
23 in in einigen Jahren Orte des Lernens und der Zuversicht
24 sind, an denen Schüler*innen und pädagogisches Personal
25 gerne arbeiten, lernen und leben.

26

27 Nun aber hat der grün geführte Finanzsenat die Inves-
28 titionsplanung, die die Finanzierung von Baumaßnah-
29 men der Bezirke absichert, drastisch zusammengekürzt.
30 Die in den letzten Jahren immer übliche „Überzeich-
31 nung“ der Investitionsplanung wurde abgelehnt. Dadurch
32 mussten dutzende geplanter Baumaßnahmen der Bezir-
33 ke teils um Jahre geschoben werden. Eine Verschlech-
34 terung der Bausubstanz, ausbleibende Schulplatzerwei-
35 terungen und möglicherweise sogar Schulschließungen
36 sind die Folge. Zudem können Baumaßnahmen, die nicht
37 in der Investitionsplanung enthalten sind, nicht geplant
38 werden. Verzögern sich Maßnahmen aus der Investitions-
39 planung, gibt es dann keine Ersatzmaßnahmen, die statt-
40 dessen gebaut werden können. Die Überzeichnung hatte
41 daher in den letzten Jahren immer ihren Sinn – und ihre
42 Ablehnung ist nichts anderes als eine versteckte Kürzung
43 der Schulbauoffensive.

44

45 Der erste Teil des Antrags ist zunächst Haushaltsneutral,
46 da er nur die Anzahl von Maßnahmen in der Investitions-
47 planung erhöht, die dann von den Bezirken geplant wer-
48 den können. Sie können wie in den letzten Jahren üblich

49 mit einer globalen Minderausgabe formell ausgeglichen
50 werden.

51

52 In einem zweiten Schritt müssen Wege gefunden wer-
53 den, wie das Investitionsbudget der Bezirke für den Schul-
54 bau in den nächsten Jahren erhöht werden kann. Hier-
55 zu sollten Teile der Mittel genutzt werden, die derzeit
56 für ein Landes-Entlastungspaket vorgesehen sind, u.a. aus
57 den Haushaltsüberschüssen, die für das Jahr 2022 abseh-
58 bar sind. Das Landes-Entlastungspaket kann angesichts
59 der neuen Maßnahmen des Bundes (u.a. Gaspreisdeckel,
60 Strompreisdeckel, Wohngelderhöhung) insgesamt zielge-
61 nauer und damit geringer ausfallen. Insbesondere höhere
62 und hohe Einkommensbezieher können steigende Ener-
63 giekosten auch selbst tragen – eine Schule aber kann nur
64 ein ausreichend finanzierter Staat bauen.

65